



Annette Widmann-Mauz MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 71/09.09.2016

Liebe Leserinnen und Leser,

die Haushaltswoche nach der Sommerpause steht immer im Zeichen von Bilanz und Ausblick. Was wurde erreicht, was bleibt noch zu tun? Die Plenardebatte wurde aber auch unter dem Eindruck der Landtagswahl von Mecklenburg-Vorpommern geführt, bei der alle im Bundestag vertretenen Parteien deutliche Verluste erlitten. Für die CDU ist der Rückfall hinter die AfD besonders bitter. Das Ergebnis zeigt, dass die Sorgen bezüglich der Flüchtlingssituation die Entscheidung der Wähler maßgeblich bestimmt haben. Wie begegnet man teils berechtigten, teils gefühlten Ängsten?

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer kämpferischen Rede diese Woche im Deutschen Bundestag klar geantwortet: Sich zu verbalen Eskalationen hinreißen zu lassen, spielt jenen in die Hände, die Furcht politisch ausnutzen. Es gilt, bei der Wahrheit zu bleiben, indem Probleme benannt, aber auch die Fortschritte aufgezeigt werden. So haben die umfangreichen Reformen im Asylrecht und die internationalen Abkommen die Zahl ankommender Flüchtlinge deutlich reduziert. Es bleibt aber noch viel zu tun. Die Integration der Bleibeberechtigten und die Stärkung der Inneren Sicherheit werden genauso entschlossen angegangen.

Dennoch treibt die Sorge vor Veränderung viele Menschen weiter um. Dabei hat sich unser Land in den letzten Jahren bereits gewandelt. Dazu gehören die geringste Arbeitslosigkeit seit 1990, steigende Renten und Reallöhne, Rekordinvestitionen in Bildung und Infrastruktur sowie mehr Mittel für die soziale Sicherung, für den Wohnungsbau und unsere Kommunen. Diese Veränderungen tragen dazu bei, dass Deutschland auch Deutschland bleibt. Auf diese Leistung sollten wir vertrauen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 -77217
Telefax: 030/ 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de
www.facebook.com/widmann-mauz

CDU



Aktuelles

Bundestag debattiert über den Haushaltsplan 2017

Es ist September und der Deutsche Bundestag diskutiert in seiner ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause den Haushaltsplan der Bundesregierung für 2017. Die erfreuliche Nachricht: Deutschland steht finanziell hervorragend da und es wird auch im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt geben. Das ist gut für die Menschen und die Wirtschaft. Außerdem lässt es Spielräume für wichtige Projekte. So wird für Bereiche wie die Innere Sicherheit oder Bildung mehr Geld zur Verfügung gestellt.

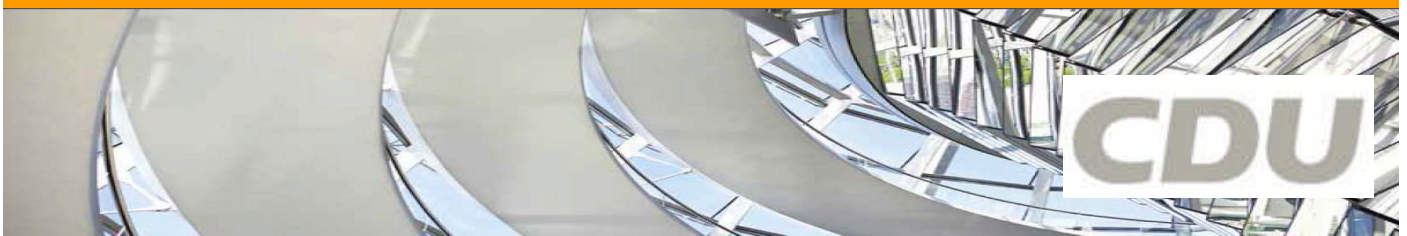


Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von rund 329 Milliarden Euro. Das sind 11,8 Mrd. Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr 2016. Der Entwurf der Bundesregierung sieht dabei aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Vielmehr stehen der Etatserhöhung geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro gegenüber. Eine Woche lang wurden die Haushaltspläne der einzelnen Ressorts nacheinander debattiert. Den Höhe-

punkt der Haushaltswoche bildete die vierstündige Generalausssprache zur Regierungspolitik mit Bundeskanzlerin Merkel.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) soll für sein Ministerium im kommenden Jahr rund 8,3 Milliarden Euro bekommen. Das sind 537 Millionen Euro mehr als ihm für das laufende Jahr zur Verfügung stehen. Vom Gesamtetat sind etwa zwei Drittel der Ausgaben für den Bereich der Sicherheitsbehörden vorgesehen. Für die Unionsfraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine der zentralen Aufgaben. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig. So sollen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 will die Unionsfraktion rund 7.000 neue Stellen bei der Bundespolizei schaffen.

Auch in den Bereich Bildung und Forschung soll im kommenden Jahr mehr investiert werden. CDU-Ministerin Johanna Wanka sollen rund 17,6 Milliarden Euro für die Arbeit ihres Ministeriums zur Verfügung stehen. Klar ist, dass man mit konsequenter Digitalisierung sowohl die individuellen Bildungs- und Berufschancen als auch Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. Deswegen setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, eine nationale Infrastruktur für Forschungsdaten zu etablieren. Auf diese Weise sollen Daten nachhaltig aufbewahrt, zugänglich gemacht und genutzt werden können – auch über Disziplinengrenzen hinweg.





Aktuelles

Stärkung der Inneren Sicherheit

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist seit langer Zeit sehr hoch. Mit den entsetzlichen Taten von Würzburg und Ansbach ist dieser Terrorismus endgültig in Deutschland angekommen. Auf die sich wandelnde Sicherheitslage hat die Union frühzeitig reagiert und für mehr Polizei, bessere Ausstattung und schärfere Gesetze gesorgt.

So wurden mehrere tausend neue Stellen bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen, darunter auch eine neue Anti-Terror-Einheit mit 250 Polizeibeamten. Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt. Allein im Kernbereich der Inneren Sicherheit wurden in dieser Wahlperiode mehr als ein halbes Dutzend Gesetze verabschiedet. Dazu zählen auch, dass das Reisen in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt wurde und die Einführung eines Ersatzpersonalausweises für potenzielle terroristische Gewalttäter, um Ausreisen zu verhindern. Auch das Terrorismusbekämpfungsgesetz konnte dank der Unionsfraktion verlängert werden.

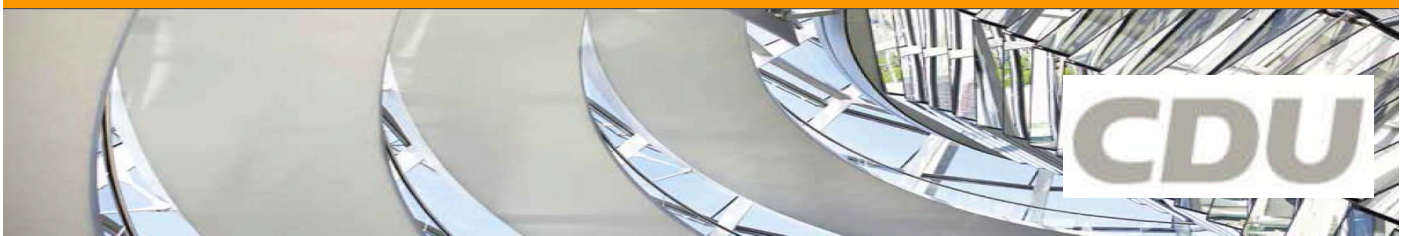
Es muss klar sein: Nicht von den deutschen Sicherheitsbehörden oder der Zusammenarbeit mit den Partnern in Europa oder der NATO wird unsere Freiheit bedroht, sondern durch einen islamistischen Terrorismus, der auf nichts Geringeres als die Spaltung unserer Gesellschaft zielt. Das darf und wird Deutschland nicht zulassen. Auch wenn der militärische Kampf gegen den IS erfolgreich sein und seine Zurückdrängung gelingen sollte,

wird die terroristische Bedrohung in Deutschland nicht nachlassen. Deshalb wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in den kommenden Jahren für eine weitere deutliche personelle Stärkung der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden und ihre bessere Ausrüstung sorgen.



(Foto: picture-alliance/dpa (Bundesministerium des Innern))

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt und unterstützt daher den 9-Punkte-Plan der Bundeskanzlerin, den Innenminister Thomas de Maizière mit seinem Maßnahmenkatalog konkretisiert hat, sowie die Berliner Erklärung der Unionsinnenminister vom 19. August 2016. Es ist nun am Koalitionspartner, das Maßnahmenpaket von Innenminister Thomas de Maizière zu unterstützen und gemeinsam rasch umzusetzen. Denn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist unbedingt davon überzeugt, dass nur mit einem starken Staat die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger gewährleistet werden kann.





Aktuelles

Verbot von Kinderehen

Das Phänomen der Kinderehe stellt sowohl die deutsche Rechtsordnung als auch unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Während in Deutschland nur heiraten darf, wer bereits 18 Jahre ist oder 16 Jahre alt und die Genehmigung des Familiengerichts hat, stellt sich dies insbesondere in vielen muslimisch geprägten Ländern völlig anders dar.

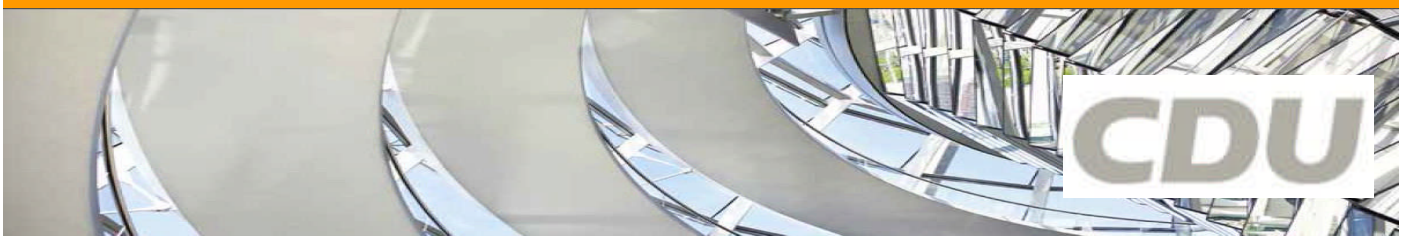
Ein starker Staat dient vor allem dem Schutz der Schwächeren. Ehen unter Zwang und jedwede Unterdrückung der Frau darf nicht akzeptiert werden. Ein 11-, 13- oder 15-jähriges Mädchen gehört nicht in eine Ehe, sondern in die Schule. Der Staat und die Rechtsordnung müssen über das bereits existierende strafrechtliche Verbot der Zwangsverheiratung hinaus eine Antwort auf die Frage geben, wie mit ausländischen Kinderehen in Deutschland dauerhaft umzugehen ist.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird die rechtliche Regelung an folgenden Eckpunkten ausrichten:

1. Aufhebung auch von Auslandskinderehen auf Antrag der Minderjährigen oder der zuständigen Behörde.
2. Anknüpfung an gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Eheschließung.
3. Anhebung der Altersgrenze auf generell 18 Jahre im deutschen Recht.

4. Stärkung der Jugendbetreuungs- und Obhutnahmestellen.
5. Psychosoziale Begleitung und Betreuung.
6. Strafrechtlicher Schutz darf nicht ins Leere laufen.

All diese Maßnahmen dienen dazu, der Schließung von Kinder- und Minderjährigenehen in Deutschland einen Riegel vorzuschieben. Das Recht der Bundesrepublik muss für alle gelten, die in Deutschland leben. Eine Zusammenarbeit verschiedener Institutionen, wie etwa Jugendämter und soziale Einrichtungen, ist für die gelingende und konsequente Umsetzung des Verbots unabdingbar.





Aktuelles

„Ninette - Dünn ist nicht dünn genug“

Diesen Donnerstag gab die Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit den Startschuss für die Kampagne „Ninette – Dünn ist nicht dünn genug“. In einem interaktiven Comic wird die Welt von einem jungen Mädchen „Ninette“ entdeckt, das in den Strudel der Magersucht gerät – und wieder zurück ins Leben findet. Mit Ninette sollen Menschen dazu ermutigt werden, sich mit dem Thema Essstörungen auseinanderzusetzen.

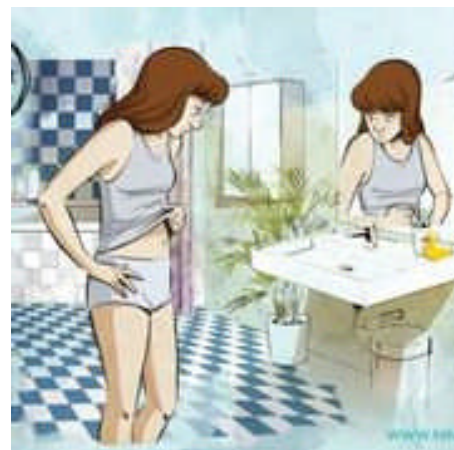
Meist sind es Jugendliche, die an einer Essstörung wie beispielsweise der Anorexie (Magersucht), der Bulimie (Ess-Brech-Sucht) und Essattacken mit Kontrollverlust leiden. Mehr als zwei Prozent der Mädchen und fast ein Prozent der Jungen im Alter von 13 bis 18 Jahren sind betroffen.

Bei einem Fünftel aller 11- bis 17-Jährigen in Deutschland zeigen sich erste Anzeichen eines gestörten Essverhaltens, wobei Mädchen auch hier doppelt so häufig betroffen sind wie Jungen. Zahlen, die belegen, wie wichtig es ist, Hilfsangebote weiter auszubauen und gerade junge Menschen noch stärker anzusprechen.

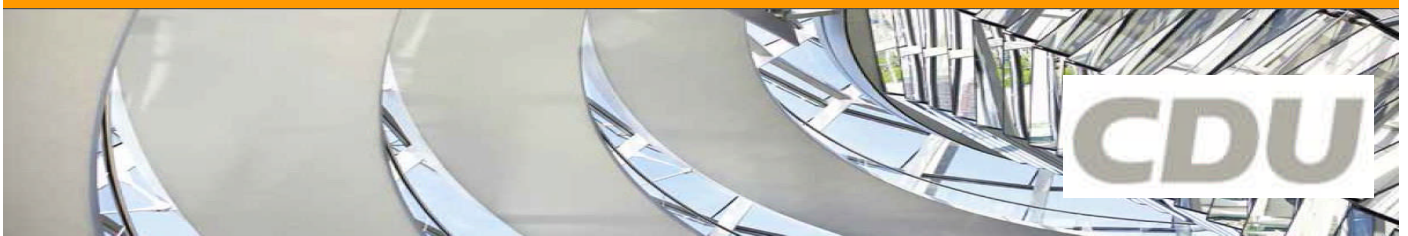
Kampagnen wie „Ninette – Dünn ist nicht dünn genug“ vermitteln jungen Menschen ein positives Körperbild und stärken ihr Selbstwertgefühl. „Gleichzeitig brauchen wir aber auch den bereits erwähnten offenen Umgang mit diesem Thema. Damit Menschen mit Essstörungen frühzeitig erkennen, wie wichtig professionelle Unterstützung

beispielsweise durch Therapeutinnen und Therapeuten ist.“, so Annette Widmann-Mauz MdB.

Derzeit dauert es meist mehrere Jahre bis Betroffene in eine angemessene Behandlung kommen. Die Folgen sind oft schwerwiegende Krankheitsverläufe. Vorbeugung sowie frühzeitiges Erkennen der Symptome sind daher enorm wichtig.



(Foto: Ninette.berlin)





Aktuelles

Praktikum im Berliner Bundestagsbüro

Eine Woche Praktikum habe ich geschafft, ein Monat liegt noch vor mir. Um mich zunächst vorzustellen: Ich heiße Leonie Ott, komme aus Hechingen und studiere an der Universität Tübingen Jura. Jetzt habe ich bei meinem Praktikum in Berlin die Chance, anzuschauen wo und wie Gesetze entstehen.

Meine erster Eindruck im Bundestagsbüro von Annette Widmann-Mauz MdB: Die Repräsentation der Bürger ist keine Worthülse aus dem Gemeinschaftskunde-Unterricht an Schulen, sondern wird hier sehr ernst genommen. Ich habe erlebt, dass bei der Beantwortung von Bürgeranfragen genau recherchiert und überlegt wird. Jede Nachricht in der Lokalpresse über besonderes Engagement von Bürgern wird zur Kenntnis genommen. Schon in den ersten Tagen durfte ich an Gratulationsschreiben für Menschen mit Ehrenamt mitarbeiten.

In der übrigen Zeit habe ich die Generaldebatte zum Haushalt verfolgt. Wenn man den Blick von der Besuchertribüne hinunter auf den Plenarsaal hat, wirkt die Debatte lebendiger als ich das aus den Medien gewohnt bin: Zwischenrufe, eingeschobene Sticheleien und ausführliche Begründungen. Die große Zahl von Abgeordneten wirkt dabei sehr verschieden, vom Redestil bis zur Kleiderwahl.

Sogar ein längeres Gespräch mit Frau Widmann-Mauz war mir bereits vergönnt. Sie erzählte von den Anfängen ihrer parteipolitischen Arbeit und

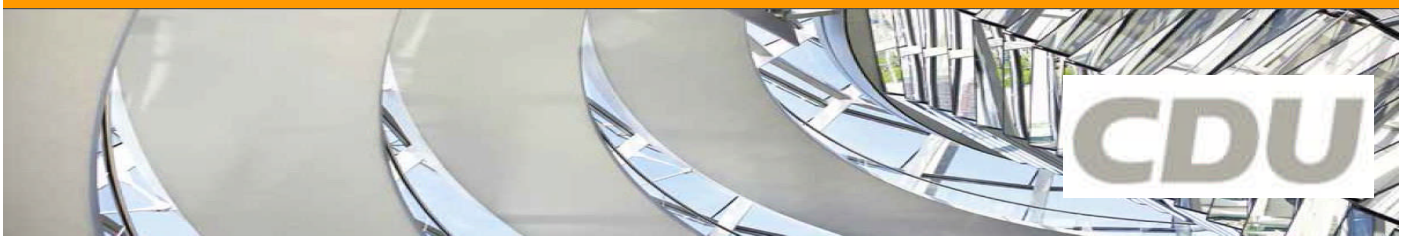
wir sprachen über Frauen und Jugendarbeit in der CDU. Ich freue mich sehr darauf, Annette Widmann-Mauz MdB zu Ausschusssitzungen und Veranstaltungen in den nächsten Wochen begleiten zu dürfen.

Besonderes Glück habe ich, gerade in der Zeit des CDU-Praktikantenprogrammes in Berlin zu sein. So stehen bei mir eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Wolfgang Schäuble und eine Besichtigung des BND-Quartiers auf dem Programm.

Von meinem Praktikantenzimmer aus sehe ich den Hauptbahnhof und denke dabei jedes Mal: Das politische Berlin ist eine Reise wert!



(Foto: Leonie Ott mit der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB)





Aktuelles

Daten & Fakten

Deutschland profitiert von Globalisierung

Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim BIP pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das BIP in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)

Besuchen Sie mich auf Facebook
www.facebook.com/widmannmauz



Einkommen steigen stärker als Mieten

Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

(Quelle: IW Köln)

Folgen Sie mir auf Twitter
www.twitter.com/AWidmannMauz

